

170.000 → 200.000?

Pro Jahr
Alle 30 Sekunden 1 Flugbewegung
und MEHR

Bürgerinitiative Flugverkehrsbelastung Landkreis Waldshut e.V.



Medienmitteilung

(Reaktion der Bundestagsabgeordneten Frau Schwarzelühr-Sutter zu unserer Wahlempfehlung)

Lauchringen, 23. April 2013: Wir danken Frau Schwarzelühr-Sutter für die Publikation und damit breite Verteilung unserer Wahlempfehlung auf Ihrer Internetseite. Eine unerwartete Unterstützung.

Zu den Feststellungen von Frau Schwarzelühr-Sutter und einer möglichen Anpassung unserer Wahlempfehlung bleiben aber eine Reihe von Fragen offen.

In welchem öffentlichen Dokument hat die Bundestagsfraktion der SPD zu welchem Zeitpunkt die Interessen der Region, also die Ablehnung des Staatsvertrages, festgestellt?

Welche(r) der in der Stuttgarter Exekutive vertretene SPD Repräsentant(in) hat öffentlich und zu welchem Zeitpunkt unmissverständlich den Staatsvertrag als nicht akzeptabel bezeichnet?

Uns ist bis vor einigen Tagen nur eine euphorische Zustimmung der Landesregierung bekannt, die vom Ministerpräsident (er vertritt eine Grün/Rote Landesregierung) bisher nur eingeschränkt korrigiert wird. Jeder Stimme, die ein anderes Urteil zum Staatsvertrag hat, wird der Vorwurf der „nationalen Aufladung“ gemacht. Eine Stimme aus der SPD-Exekutive, die diesen Vorwurf korrigiert, ist uns nicht bekannt.

Zu den beleidigenden und diffamierenden Feststellungen der Abgeordneten nehmen wir keine Stellung. Sie entbehren jeder sachlichen und belegbaren Grundlage. Dies mag ein Reflex der SPD sein – der Wahrheit entsprechen sie nicht.

Zum Vorwurf der mangelnden Fakten laden wir die Abgeordnete gerne ein zu prüfen, welche BI in den letzten 3 Jahren die Fakten zur Flugverkehrsbelastung analysiert und Konzepte vorgelegt hat, die heute einen großen Teil der Sachargumentation bilden. Wir stellen die Unterlagen auf Anforderung für die Abgeordnete gerne zusammen (Vorsicht: Es gibt viel zu lesen!).

Nach unseren Informationen ist im Bundeskabinett bisher kein Beschluss zum Staatsvertrag erfolgt – eine Zustimmung der CDU- und FDP-Bundesminister ist daher unwahrscheinlich.

Die Zielsetzung aller regionalen Bürgerinitiativen ist gleich: Eine Verhinderung des Staatsvertrages und die Durchsetzung der Positionen der „Stuttgarter Erklärung“. Die Wege zur Durchsetzung dieser Zielsetzung mögen verschieden sein – wichtig ist das Endergebnis.

Wichtig: Wir leben im JETZT und nicht im GESTERN – Leistungen der Vergangenheit (DVO in 2002) verhindern keine Hypothek bis 2030! Konstruktive Zukunftskonzepte sind gefragt!

Erinnern wir uns: Wir sind das Volk!

Wir werden die Abläufe weiterhin genau verfolgen und die Bürger (Wähler?!) informieren.